

WAHLKAMPF

FDP Schweiz rüstet sich für die Wahlen 2015

SCHAFFHAUSEN. Die FDP lanciert die parteiinterne Diskussion über ihre Zukunftsstrategie im Hinblick auf die Wahlen 2015. Die zentralen Begriffe sind «Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt», beschloss die Delegiertenversammlung gestern Samstag in Schaffhausen. Die Schweiz sei heute ein Erfolgsmodell, sagte Parteipräsident Philipp Müller. Die Frage sei: «Gelingt es, dieses Erfolgsmodell in die Zukunft zu führen?» Freiheit und Gemeinsinn sollen gewährleisten, dass die Menschen so leben können, wie sie dies für richtig empfinden. Ihnen solle möglichst viel Eigenverantwortung überlassen werden. (sda)

DROHUNG

Referendum gegen zweite Gotthard-Röhre

ZIEGELBRÜCKE. Sollte sich das Parlament in Bern für den Bau einer zweiten Röhre des Gotthard-Strassentunnels entscheiden, wird die Grüne Partei Schweiz das Referendum ergreifen. Dies beschlossen die Delegierten gestern Samstag im glarnerischen Ziegelbrücke. Die Entscheidung fiel diskussionslos und einstimmig. Die rund 130 Delegierten folgten den Argumenten der Genfer Nationalrätin Anne Mahrer, welche die Gründe gegen eine zweite Röhre erläuterte. Eine zweite Röhre sabotieren mit der Annahme der Alpenschutz-Initiative ausgedrückten Volkswillen, die Strassenkapazitäten am Gotthard nicht weiter auszubauen, sagte Mahrer. (sda)

ZUWANDERUNGS-INITIATIVE

Rossier sucht nach EU-konformer Umsetzung

BERN. Der Schweizer Chefdiplomate Yves Rossier will eine EU-konforme Umsetzung der Zuwanderungs-Initiative erst ausschliessen, wenn alle Möglichkeiten geprüft sind. Er habe aber den Eindruck, dass es schwierig sei, die Kontingentierung der Einwanderung umzusetzen, ohne das Personenfreizügigkeitsabkommen zu verletzen, sagte er gestern in mehreren Medien. Es könnte eine längere Phase der Unsicherheit geben, bis klar ist, ob es die EU ernst meine mit der Haltung, es gebe keinen Spielraum für Verhandlungen. (sda)

Nach dem Streit um die Durchsetzungs-Initiative will der St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann das Verhältnis zwischen Völkerrecht und Landesrecht neu ordnen. Der Vorschlag ist stark umstritten.

Umbau des Rechtssystems

DAVID SCHAFFNER

BERN. Es ist ein Stück, das auf der Bühne des politischen Theaters regelmässig aufgeführt wird. Die Handlung: Die SVP und die übrigen Kräfte streiten sich darüber, ob das Volk immer recht hat. Oder ob es höhere Prinzipien gibt – beispielsweise die Menschenrechte –, über die sich selbst der Souverän nicht hinwegsetzen darf. Der Stoff garantiert emotionale Ausbrüche und innig vorgetragene Grundsatzreden – wie vor rund einer Woche, als im Nationalrat die Politiker über die Ausschaffungs- und die Durchsetzungs-Initiative der SVP diskutierten.

Ein Gesetz dürfe nicht gegen zwischenstaatliche Abkommen verstossen, mahnte SP-Nationalrätin Silvia Schenker (BS). Aufgabe des Parlaments sei es, den Rechtsstaat zu bewahren und nicht etwa, diesen zu Grabe zu tragen. Halt, hielt ihr SVP-Mann Gregor Rutz (ZH) entgegen. Das Volk habe eine Änderung der Praxis bei der Ausschaffung von Ausländern bestellt. An diesen Auftrag hätten sich die Volksvertreter zu halten.

Wechsel zum Dualismus

Nach zähem Ringen trafen die Räte eine Entscheidung, mit der niemand richtig glücklich sein kann. Die Ausschaffungs-Initiative wollen sie streng umsetzen, obwohl mit der Linken und der Mitte einst eine Mehrheit dagegen angetreten war. Die Durchsetzungs-Initiative hingegen haben die Räte für teilweise ungültig erklärt – zum partiellen Ärger der SVP, die den Volkswillen in jedem Fall über die Verfassung oder völkerrechtliche Verpflichtungen stellen will.

Der Wiler SVP-Nationalrat Lukas Reimann glaubt einen Weg gefunden zu haben, die wiederkehrende Theatervorstellung über das Völkerrecht nun mit einem versöhnlichen Ausgang beenden zu können. In einer Motion verlangt er vom Bundesrat, dass dieser «dem Parlament einen Wechsel vom Monismus zum Dualismus» vorschlägt. Hinter der akademischen klingenden Forderung steht – zumindest auf Papier – eine kleine Revolution. Sie würde das Verhältnis zwischen Völker- und Landesrecht grundsätzlich neu ordnen.



Justitia soll neu nicht mehr unmittelbar nach dem Völkerrecht richten.

Bild: fotolia

Im Umgang mit dem Völkerrecht haben sich weltweit grob zwei verschiedene Prinzipien durchgesetzt. Das eine, der Monismus, wendet das Völkerrecht innerstaatlich unmittelbar an, sobald das Parlament oder die Regierung einem Abkommen zugestimmt haben. Landesrecht und Völkerrecht sind eine Einheit. Das andere Prinzip, der Dualismus, sieht vor, dass ein Parlament zusätzlich zum Abkommen ein innerstaatliches Gesetz erlassen muss. Erst dann ist das Abkommen anwendbar.

«Urteile nicht anwendbar»

Auf dieses zweite Prinzip, das unter anderem skandinavische Staaten kennen, will Reimann die Schweiz nun einschwören. «Ein Wechsel würde der Schweiz zwei grosse Vorteile bringen», ist er überzeugt. «Erstens erhielten sämtliche Staatsverträge eine grössere demokratische Legitimation.» Anders als heute müsste jeder Staatsvertrag zwingend vor das

Parlament. Derzeit kann der Bundesrat oder die Verwaltung weniger wichtige Abkommen in Eigenregie beschliessen. «Zweitens würde die Autonomie der Schweiz gestärkt», argumentiert Reimann weiter, «wir wären weniger direkt ans Völkerrecht

«Staatsverträge erhielten künftig eine höhere demokratische Legitimation.»

Lukas Reimann
SVP-Nationalrat (SG)

gebunden.» Insbesondere bei der Weiterentwicklung des Rechts durch Gerichte – beispielsweise durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte – hätte die Schweiz mehr Spielraum. «Nur wenn wir Strassburger Urteile in unserem Recht abbilden, würden diese auch anwendbar», sagt Reimann.

Wenig Begeisterung für die Forderung zeigt FDP-Nationalrat Andrea Caroni. «In der Diskussion um Konflikte zwischen Landesrecht und Völkerrecht spielt die Systemfrage eine untergeordnete Rolle», sagt der Ausernhoder. Schliesslich mache es wenig Sinn, mit anderen Staaten einen Vertrag auszuhandeln und in den eigenen Gesetzen dann gegen diesen zu verstossen. «Weicht das Parlament vom Vertragstext ab, liegt schnell einmal eine Vertragsverletzung vor.» Die Schweiz würde sich den Ruf eines unzuverlässigen Partners einhandeln.

In Bezug auf internationale Gerichtshöfe hält Caroni fest, dass Strassburg «die Menschenrechtskonvention in Einzelfällen tatsächlich etwas allzu fest weiterentwickelt hat». Die Urteile dieses Gerichts seien allerdings schon heute nicht direkt anwendbar. «Ein verurteiltes Land muss den vorliegenden Widerspruch zwischen seinem Recht und der Konvention selber lösen.»

Anzeige



ZURÜCK ZU EINEM STARKEN HERZEN.

Mit medizinischer Kompetenz, modernsten Therapieformen, familiärer Betreuung, erstklassiger Hotellerie und der einzigartigen Lage am See unterstützen wir Ihr Ziel: Zurück zur Gesundheit.

THE SWISS LEADING HOSPITALS
www.klinik-schloss-mammern.ch

KLINIK SCHLOSS MAMMERN
FÜHRENDE REHABILITATION AM SEE

Recycling: Zahlensalat oder «Schummelei»?

SERMIN FAKI

BERN. Aluminium erobert die Schweiz: 2012 brachten allein verkaufte Getränkedosen 9795 Tonnen auf die Waage, viermal mehr als 2002. Beim Bier machen Dosen 33 Prozent aller Verpackungsmaterialien aus, bei Energydrinks dürften es fast 100 Prozent sein. Zum Vergleich: In Deutschland werden nur noch 3,6 Prozent des Gerstensafts in Aludosen verkauft.

«Da wird geschummelt»

Trotzdem gilt die Schweiz als vorbildlich. Glaubt man dem Bund, werden 92 Prozent der Dosen recycelt. Alois Gmür glaubt das allerdings nicht. Der Schwyzer CVP-Nationalrat und Bierbrauer vermutet, dass die Recyclingquote tiefer liegt: «Obwohl es für Aludosen viel weniger Sammelstellen gibt als für PET-Flaschen, liegt ihre Verwertungsquote um 10 Prozent höher. Da wird geschummelt.»

Gmürs Skepsis scheint begründet. Zwar beteuert das Bundesamt für Umwelt (Bafu), dass die Verwertungsquote verlässlich sei. Doch nun liegen Zahlen vor, die Zweifel daran nähren. Ein Ergebnis der kürzlich publizierten Kehrlicherhebung lautet: Stolz 1500 bis 3000 Tonnen Aludosen hätten wiederverwendet werden können, sind aber im Hausmüll gelandet. Addiert man die Hochrechnung von

1500 Tonnen zu den im Jahr 2012 tatsächlich rezyklierten 9050 Tonnen, kommt man auf 10550 Tonnen Aludosen. Das ist mehr als gemäss Statistik verkauft wurden.

Die Angst vor dem Pfand

«Eine Frechheit», sagt Gmür. «Das zeigt, dass man sich auf die Verwertungsquote nicht verlassen kann.» Im Verdacht für die «Schummelei» hat er den Schweizerischen Verein für umweltgerechte Getränkeverpackungen (SVUG), der im Auftrag des Bafu die Daten für die Quote sammelt, und die Recyclingorganisationen, hinter denen Dosenhersteller stehen. Diese hätten ein Interesse an hohen Quoten: Fällt diese unter 75 Prozent, kann der Bund ein Pflichtpfand einführen.

Gmür, Präsident des Verbands der Schweizerischen Getränke-Grossisten, wehelt seit Jahren gegen Einwegflaschen und Aludosen. Aufgrund der neuen Erkenntnisse will er Antworten vom Bundesrat. In einem Vorstoss fragt er die Regierung, ob die Erhebungen durch eine unabhängige Stelle kontrolliert werden. Das Bafu will sich dazu nicht äussern. Zu den Zahlen sagt eine Sprecherin: «Es stimmt, dass diese voneinander abweichen.» Direkt vergleichen könne man sie aber, weil die einen auf dauernd gemessenen Werten basierten, die anderen auf Stichproben.

EXTREMISMUS

Volle Polizeipräsenz trotz Demo-Absage

BERN. Nach der Absage der Kundgebung «gegen Kuscheljustiz» sind gestern Samstag die befürchteten unbewilligten Aufmärsche ausgeblieben. Die Polizei war mit einem Grossaufgebot in der ganzen Innenstadt präsent. Überall standen Einsatz- und Räumungsfahrzeuge mit Gittersperren zum Einsatz bereit. In der Innenstadt herrschte eine angespannte Stimmung, denn niemand wusste, ob nicht doch Demonstranten aus dem rechtsnationalen und linksautonomen Lager versuchen würden, auf den Bundesplatz zu gelangen. (sda)

ARBEITSKONFLIKT

Swiss-Kabinenpersonal sagt Nein zu neuem GAV

ZÜRICH. Das Kabinenpersonal der Swiss hat einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) abgelehnt. Hauptgrund sei der Spardruck, unter dem das Personal leide, sagte Denny Manimanakis, Präsident der Gewerkschaft des Kabinenpersonals (Kapers). Manimanakis bestätigte einen Bericht des «Blicks» von gestern Samstag. Es gebe diverse Forderungen. «Es geht um bessere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bedingungen für die Pensionierung.» Kapers will kommende Woche das Gespräch mit der Swiss suchen. (sda)